

Bischöfe wollen Aufarbeitung von Missbrauchsfällen verstärken

Ackermann: Zusammenarbeit mit dem Staat ausbauen

Bei ihrer Frühjahrskonferenz in Lingen ringen die katholischen Bischöfe um eine gemeinsame Linie bei der Aufarbeitung des Missbrauchsskandals. Der Trierer Bischof Stephan Ackermann kündigte eine engere Kooperation mit staatlichen Stellen an.

Die [katholischen Bischöfe in Deutschland](#) wollen die Missbrauchsfälle der vergangenen Jahrzehnte in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen weiter aufarbeiten lassen. Dazu werde die Bischofskonferenz zunächst mit dem Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, Kriterien und Leitlinien erarbeiten, kündigte der Trierer Bischof Stephan Ackermann am Mittwoch im niedersächsischen Lingen an.

Er könne sich vorstellen, dass es am Ende eine Vereinbarung zwischen Staat und Kirche oder eine von Staat und Kirche anerkannte, unabhängige Kommission geben werde, sagte der Missbrauchsbeauftragte der Bischofskonferenz bei der Frühjahrsvollversammlung der 67 deutschen Bischöfe. Eine zeitliche Dimension nannte Ackermann nicht. Es würden aber alle Fälle im Detail aufgearbeitet und veröffentlicht. Die katholische Reformbewegung "Wir sind Kirche" äußerte sich enttäuscht über das Konzept.

Einheitliche und unbürokratische Regelung

Ackermann sagte, die Deutsche Bischofskonferenz werde weiterhin ein Gutachten in Auftrag geben, das die bisherigen Systeme der Anerkennungsleistungen für die Opfer in den Bistümern überprüfen solle. Langfristig solle es dafür eine einheitliche und unbürokratische Regelung geben. Täter sollten wenn möglich an den Zahlungen beteiligt werden. Konkrete Summen stellte der Beauftragte nicht in Aussicht.

Nach einer im September veröffentlichten Missbrauchsstudie wurden zwischen 1946 und 2014 insgesamt 3.677 Kinder und Jugendliche Opfer sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche. Es fanden sich Hinweise auf 1.670 beschuldigte Kleriker.

Leseempfehlung

["Der Skandal ist, wie wir als Kirche mit Betroffenen umgegangen sind"](#)

["Keine evangelische Landeskirche wird hinter dem heutigen Tag zurückbleiben wollen", sagte Synoden-Präses Irmgard Schwaetzer nach dem Bericht zum Umgang mit sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche.](#)

Bisher seien an die Zentrale Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz rund 1.900 Anträge gestellt worden, erläuterte Ackermann. Dafür habe die Koordinierungsstelle die Zahlung von jeweils 1.000 bis 15.000 Euro empfohlen. Daraus ergebe sich eine Gesamtsumme von neun Millionen Euro. Die Koordinierungsstelle ist mit Psychologen, Juristen und Theologen besetzt. Sie prüft die Anträge und gibt eine Empfehlung über die Höhe der Anerkennungsleistung an die betroffene kirchliche Körperschaft.

Die bisherigen Regelungen zur Anerkennung stünden in der Öffentlichkeit schlechter da, als sie in Wirklichkeit seien, sagte der Bischof. Vielen Opfern gehe es nicht um hohe Zahlungen, sondern um die ideelle Anerkennung ihres Leids. Wenn echte Entschädigungen wie etwa eine lebenslange Rente von monatlich 500 Euro verlangt würden, bleibe es jedoch schwierig. Dann gehe es auch um konkrete Nachweise von erlittenem Leid. "Da reicht es nicht aus, wenn wir Schilderungen von Opfern für glaubwürdig halten."

Alle Bistümer sollen laut Ackermann möglichst bald zwei unabhängige Ansprechpersonen für Betroffene auf ihren Internetseiten aufgelistet haben. Bei fünf der 27 Bistümer sei das noch nicht der Fall. "Da ist also noch Luft nach oben." Zudem werde überlegt, ob nicht staatliche Fachberatungsstellen ein noch besseres und niedrigschwelligeres Angebot darstellten. Diese müssten dann allerdings von den Bistümern finanziell

unterstützt werden.

[of Bode ruft katholische Kirche zu Erneuerung auf](#)

Derzeit wird Ackermann zufolge die Führung der Personalakten in den Diözesen überprüft. Im weiteren Verlauf sollen Standards erarbeitet werden. Sie sollen sicherstellen, dass Missbrauchsbeschuldigungen künftig verbindlich, einheitlich und transparent dokumentiert werden.

Noch lebende Täter, die aufgrund von strafrechtlicher Verjährung nur noch kirchenrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden können, müssten sich künftig vermutlich vor einer eigenen deutschen Kirchengengerichtsbarkeit verantworten, kündigte der Trierer Bischof an. Diese könnte dann ohne Rücksprache mit dem Vatikan schuldig gewordene Priester aus dem Klerikerstand entlassen. Er gehe davon aus, dass Rom dazu die Genehmigung erteilen werde.

Die katholische Laienorganisation "Wir sind Kirche" kritisierte, Ackermann habe in keinem wesentlichen Punkt wirklich konkrete Fortschritte vorgestellt. "Neun Jahre nach Bekanntwerden der lange vertuschten Skandale sexualisierter Gewalt in Deutschland scheint es noch immer kein grundlegendes und mit allen Bischöfen abgestimmtes Konzept zu geben", erklärte die Bewegung. Am Morgen hatte der gastgebende Bischof Franz-Josef Bode in einem Gottesdienst seinen Amtskollegen ins Gewissen geredet und sie zu echten Erneuerungen aufgerufen.

<https://www.evangelisch.de/inhalte/155453/13-03-2019/bischoefe-wollen-aufarbeitung-von-missbrauchsfaellen-verstaerken>

Zuletzt geändert am 13.03.2019